

Quelle-Mitarbeiter hoffen jetzt auf die Kunden

HANDEL Der Schock über die Insolvenz des Mutterkonzerns Arcandor sitzt bei Beschäftigten in Fürth tief. Mitarbeiter erzählen, was die Pleite für sie bedeutet.

VON NIKOLAS PELKE, MZ

FÜRTH. „Sehr geschockt bin ich im ersten Moment gewesen, weil wir so schnell damit nicht gerechnet haben“, erzählt eine Quelle-Mitarbeiterin beim Verlassen ihres bedrohten Arbeitsplatzes. Hier im Nürnberger Stadtteil Eberhardshof betreibt das traditionsreiche Versandhaus seit Ewigkeiten ein Einkaufszentrum. Das Warenangebot ist auf mehreren Etagen fast genauso erdrückend, wie man das von den schweren Katalogen seit Kindesbeinen gewohnt ist. Auf der Spitze des berühmten Turmes auf dem Firmengelände prangt seit Jahrzehnten weithin sichtbar das berühmte Quelle-„Q“, das zum 75. Firmenjubiläum einer modernen Q-Taste weichen musste. Auf der Quelle-Internetseite kommt man mit dem Tastaturbefehl „Strg+Q“ zum sogenannten Tagesangebot „Q des Tages“. Heute ist es übrigens ein Standventilator für schlappe zehn Euro gewesen.

Das Internet lange verschlafen

Die Kommentare der Kunden im Netz stärken sogar den Mitarbeitern den Rücken. Aber das einst so erfolgreiche Geschäftsmodell der Familie Schicke-danz, wollte in den letzten fünf Jahren nicht mehr so recht zünden. Das Unternehmen ist nur zögerlich auf den Internet-Zug aufgesprungen, und hat so beinahe den Anschluss verschlafen. Seit vier Jahren verzichten die rund 4500 Mitarbeiter in Nürnberg und Fürth auf einen Teil ihres Lohnes, um dem Unternehmen wieder auf die Sprünge zu helfen. Noch unter der



Trotz der jüngsten Hiobsbotschaften glauben viele Quelle-Beschäftigte an die Zukunft ihrer Firma.

Foto: dpa

Führung von Thomas Middelhoff wollte man den Kurswechsel zum „Multi-Channel“-Warenhaus mit Online-, Katalog- und Ladenangeboten schaffen. „Heute sind wir im Bereich E-Commerce hinter Ebay und Amazon die Nummer Drei in Deutschland“, sagt der Stellvertretende Gesamtbetriebsrat Horst Rieger.

Auffallend viele junge Verkäufer beraten derweil die überschaubare Anzahl von Kunden an diesem Tag Eins nach der offiziellen Pleite. Vor dem Personalausgang erzählt Daniela T. weiter, dass sie direkt nach dem Abitur beim fränkischen Wirtschaftswunderladen mit einer Ausbildung zur Werbefachfrau eingestiegen sei. „Mittlerweile arbeite ich seit 20 Jahren in der Werbung bei der Quelle“, sagt die zweifache Mutter aus Langenzenn weiter, die seither die Warenberge in

Hochglanzkatalogen ansprechend verpackt. „Stellenstreichungen werden sicherlich kommen“, befürchtet sie. „Aber ich hoffe, dass mein Mann, der ebenfalls für Quelle arbeitet, und ich davon nicht betroffen seien werden.“

Dieses Damoklesschwert schwebt freilich in ihrem Fall extrem über der jungen Familie. Nach dem Schock habe sie erstmal lernen müssen, was eine Insolvenz überhaupt bedeutet. Fest steht, dass die Gehälter zumindest für die nächsten drei Monate gesichert sind. Die Zukunft ist trotzdem ungewiss. „Wir sind beide trotzdem zuversichtlich, dass eine gute Lösung für den Fortbestand des Unternehmens gefunden wird.“ Vielleicht stelle sich am Ende heraus, dass die Insolvenz die richtige Maßnahme gewesen sei. Man müsse eben motiviert weitermachen, allein damit die Kunden nicht verunsichert würden. „Eigentlich müssen jetzt unsere Kunden noch mehr Bestellen als sonst“, hofft die sympathische Werbefachfrau. Erst im letzten Monat hat sie nach einer dreijährigen Elternzeit wieder mit der Arbeit begonnen. Derzeit gestaltet sie mit freiberuflichen Fotografen, Grafikern und Textern, die natürlich auch um ihre Honorare fürchten, einen neuen Baby-Katalog für den Herbst.

Es seien eindeutig einige Management-Fehler gemacht worden. „Wir hatten ja in manchen Jahren im Schnitt einen neuen Vorstandsvorsitzenden“. Dies habe sich besonders negativ auf das Kataloggeschäft ausgewirkt, denn die benötigte Vorlaufzeit von Konzeption bis Druck sei durch wechselnde Manager und deren neue Strategien teilweise schwer gestört worden. „Das war teilweise schon frustrierend.“

Trotzdem sei Quelle von der Substanz eine tolle Firma mit einem deutschlandweit bekannten Markennamen. Es wäre auch fatal für den Arbeitsmarkt Franken, wenn das Versandhaus wirklich schließen würde, so Daniela T. weiter.

Kunden wollen im Katalog blättern

„Was Opel für Rüsselsheim, ist Quelle für Franken“, schätzen Experten die Bedeutung ein. Kämpferisch zeigt sich dementsprechend auch der Betriebsrat, welcher mit Hilfe des Insolvenzverfahrens die Umstrukturierung jetzt schaffen will. Der Markt im Versandhandel habe allgemein „riesige Probleme“, sagt Betriebsrat Rieger. „Das Internet mit dem Bereich E-Commerce ist die Zukunft.“ Trotzdem, so Daniela T., wollen noch viele Kunden im Katalog blättern und sich nicht stundenlang durch das Sortiment im Netz klicken. „Mit meinen zwei kleinen Kindern kann ich auch nur selten durch die Stadt bummeln“, erzählt sie weiter, während der Ehemann dazu kommt und ergänzt: „Man will einfach weg von den Katalogen, und sich mehr auf das Internet konzentrieren.“ Die E-Commerce-Abteilungen würden auf und das Katalog-Geschäft abgebaut.

„Vielleicht kam der Wandel auch zu spät, denn das Internet gibt es ja nicht erst seit zwei, drei, vier Jahren“, so Herr T. Obwohl das Unternehmen schon im Sommer letzten Jahres leicht straukelte, habe nach Meinung von Betriebsrat Rieger auch die Finanzkrise eine entscheidende Rolle beim Gang in die Insolvenz gespielt. Es habe viel mit den Immobilien zu tun, die der ehemalige Vorstands-Chef Middelhoff verkauft hat. Und dann seien jetzt kurz- und mittelfristige Kreditlinien ausgelaufen, die nicht mehr neu finanziert werden konnten, berichtet Rieger weiter, während sich die Pforten des Einkaufszentrums an diesem Tag schließen. Die Mitarbeiter sind jetzt darauf angewiesen, dass die Kunden schon morgen Früh wiederkommen.

Die „Miami 5“: Der letzte Akt einer Tragödie

RECHT Der US-Supreme Court entscheidet am Montag darüber, ob er sich des Falls der fünf Kubaner annimmt.

VON WOLFGANG ZIEGLER, MZ

HAVANNA/WASHINGTON. Die Unterstützung für die „Miami 5“, die seit inzwischen mehr als zehn Jahren – zu Unrecht, wie Kuba nicht müde wird, festzustellen – in US-amerikanischen Gefängnissen sitzen, ist ungebrochen. Nachdem im März dieses Jahres den mit dem deutschen Bundesverfassungsgericht vergleichbaren Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten (Supreme Court) zwölf Dokumente von Freunden des Gerichts (amicus curiae) erreicht hatten, in denen der Gerichtshof aufgefordert wurde, den Fall noch einmal zu überprüfen, haben sich jetzt auch acht Abgeordnete des Bundestages zu Wort gemeldet – darunter der Chef der bayerischen SPD-Landesgruppe, Florian Pronold.

Obama spricht sich dagegen aus

Sie fordern die obersten US-Richter ebenfalls auf, den Fall der fünf kubanischen Agenten noch einmal unter die juristische Lupe zu nehmen – und gehen damit auf Konfrontationskurs zur Obama-Administration. Diese hatte in der vergangenen Woche trotz der jüngsten Annäherung an die Castro-Regierung in Havanna an das Gericht appelliert, eine erneute Anhörung der Fünf zu verweigern. Der Supreme Court will sich am kommenden Montag definitiv äußern. Der Entscheidung des Gerichtshofs ist ein jahrelanges juristisches Hickhack vorausge-

gangen, nachdem die Kubaner 1998 verhaftet und drei Jahre später in Miami wegen Spionage, Verschwörung und Verschönerung zum Mord zu Haftstrafen zwischen 15 Jahren und zweimal lebenslanglich plus 15 Jahren verurteilt worden waren. Im August 2005 hob das zuständige Berufungsgericht in Atlanta diesen Richterspruch wegen schwerer Fehler auf und ordnete eine Wiederholung des Prozesses an.

Gericht: „Ein Willkürakt“

Dabei hielt das Gericht in seinem Beschluss fest, dass die Urteile ein Willkürakt gewesen seien. Die US-Bundesstaatsanwaltschaft legte daraufhin im November des gleichen Jahres Einspruch ein, worauf im Februar 2006 erneut Anhörungen zu dem Fall stattfanden. Im Juni des vergangenen Jahres bestätigte dann ein anderes Richter-Gremium in Atlanta die Urteile gegen die Fünf, ließ in den Fällen von Ramón Labañino (lebenslangliche Haft plus 18 Jahre), Antonio Guerrero (lebenslangliche Haft plus 10 Jahre) und Fernando González (19 Jahre Haft) allerdings eine Revision zu.

Inzwischen hagelte es internationale Kritik. In vielen Ländern der Welt, auch in den USA selbst, bildeten sich Solidaritätskomitees, die diesen Prozess als politisch beeinflusstes Verfahren sehen und der US-Justiz Menschenrechtsverletzungen und Rechtsbeugungen vorwerfen. Die Arbeitsgruppe „Willkürliche Inhaftierungen“ der UN-Menschenrechtskommission äußerte erhebliche Zweifel an der Fairness und Durchschaubarkeit des Verfahrens gegen die „Miami 5“. Sie beanstandete die „unangemessene Höhe der Strafen“ und die „Verweigerung elementarer Rechte der Inhaftierten“.



Freiheit für die „Miami 5“ wird auf diesem Plakat auf Kuba gefordert. Foto: zi

KOMMENTAR

Wovor hat Obama Angst?

Der Fall der „Miami 5“ ist alles andere als ein Ruhmesblatt für die US-amerikanische Justiz. Dass ein Berufungsgericht ein Urteil der ersten Instanz in seinem Aufhebungsbeschluss als „Willkürakt“ bezeichnet, dürfte auch in den Vereinigten Staaten nicht an der Tagesordnung sein. Wie es dazu kommen konnte, liegt auf der Hand. Wenn Agenten des kubanischen Staates in dem von den mächtigen exilkubanischen Organisationen beherrschten Miami vor Gericht stehen, kann man trotz aller Rechtsstaatlichkeit der USA weder ein faires Verfahren noch ein gerechtes Urteil erwarten.



VON WOLFGANG ZIEGLER, MZ

Warum die Obama-Administration, die sich auf die Fahnen geschrieben hat, alles besser machen zu wollen als „Cowboy George W.“, beim Supreme Court dennoch beantragt hat, den Fall der „Miami 5“ nicht anzunehmen, ist daher völlig unverständlich.

Warum soll das höchste Gericht der USA nicht Licht in das juristische Dunkel bringen? Was hat die neue US-Regierung zu befürchten? Dass die Exilkubaner in Florida ihren Einfluss gegen sie geltend machen? Oder die Möglichkeit, dass Verstrickungen der kubafeindlichen Vorgänger-Regierung aufgedeckt werden?

DER FALL

Die „Miami 5“ operierten für die kubanische Regierung in exilkubanischen Organisationen in Miami und sollten Informationen über terroristische Aktivitäten gegen ihr Land sammeln.

Auf Anweisung von Havanna machten sie 1998 Teile ihrer Ermittlungen den US-Behörden bekannt.

Im September 1998 wurden sie in Miami verhaftet und vor Gericht gestellt. Die 26 Anklagepunkte reichten von Spionage über Verschönerung bis hin zu Verschönerung zum Mord.

Im Juni 2001 wurden die Männer in allen Anklagepunkten für schuldig befunden und Gerardo Hernández zu zweimal lebenslanglich plus 15 Jahre, Antonio Guerrero zu lebenslanglich plus 10 Jahre, Ramón Labañino zu lebenslanglich plus 18 Jahre, Fernando González zu 19 Jahren und René González zu 15 Jahren Haft verurteilt.

Im August 2005 hob das Berufungsgericht in Atlanta die Urteile auf und sprach in seiner 93-seitigen Begründung von einem juristischen „Willkürakt“.

Im Juni 2008 bestätigte ein anderes Richter-Gremium von Atlanta die Urteile gegen Gerardo Hernández von zweimal lebenslanglicher Haft plus 15 Jahren und René González von 15 Jahren Haft. Die Urteile gegen Ramón Labañino von lebenslanglicher Haft plus 18 Jahren, Antonio Guerrero von lebenslanglicher Haft plus 10 Jahren und für Fernando González von 19 Jahren Haft wurden für revisionsbedürftig gehalten und an das Gericht in Miami zurückverwiesen.

Im Januar 2009 beantragten die Anwälte der „Miami 5“ beim US-Supreme Court, sich des Falls anzunehmen und ihn noch einmal zu überprüfen. (zi)